Mittwoch, 3. August 1921 * 50. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 30 Pf.

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Nr. 361 * Ausgabe B Nr. 179
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 361

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Keine Einigung der Sachverständigen in Paris.

„Gedankenaustausch" über das Konferenzprogramm.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 3. August.

Obwohl gestern abend mitgeteilt wurde, daß die Sachverständigen ihre Vorschläge für Oberschlesien am Sonntag beendet haben würden, bleiben die Morgenblätter dabei, daß die Beratungen keine Fortschritte machen. Der „Matin" schreibt bedauernd, daß die französischen Vertreter, Laroche und Fromageot, die **größten Anstrengungen machen müßten, um den italienischen und englischen Kollegen den französischen Standpunkt näher zu bringen, und daß dennoch die Schwierigkeiten immer größer würden, je weiter man in das Problem eindringe.** Die französischen Zeitungen geben die Hauptschuld an diesen Erfahrungen dem Vertrag von Versailles, in dem die Volksabstimmung vorgesehen ist. „Damals hätte der Industriebezirk sogleich den Polen zugesprochen werden müssen (!), dann hätten wir heute keine Schwierigkeiten", heißt es in mehreren Zeitungen. Diese Betrachtungen zeigen, daß die Vorbereitungen für die Teilung nach französischer Auffassung doch nicht so leicht ist, wie es hier eine Zeitlang angenommen wurde. Im „Echo de Paris" wird näheres über die Unterhaltung des Ministerpräsidenten Briand mit dem General Le Rond mitgeteilt, die gestern statt fand. General Le Rond, der nach einer Mitteilung des „Figaro" wahrscheinlich nicht mehr nach Oberschlesien zurückkehren wird, macht aufs neue darauf aufmerksam daß Verstärkungen notwendig seien, daß mindestens eine Division so rasch als möglich nach Oberschlesien gesandt werden müsse. Diese Meinung soll auch vom Marschall Foch geteilt werden. Aber es ergibt sich eine Schwierigkeit: da nicht mehr als drei Militärzüge zugleich durch Deutschland befördert werden können, würde der ganze Transport vierzehn oder sogar zwanzig Tage in Anspruch nehmen, so daß die Truppen vielleicht noch nicht zur Stelle sein könnten, wenn der Oberste Rat seine Entscheidung getroffen hat. Unter diesen Umständen entsteht die Frage, was der Oberste Rat tun könnte. Wenn er die Ansicht des Generals Le Rond teilt, müßte die Entscheidung über die Grenzfrage noch etwas aufgeschoben werden. Wenn er die Ansicht des Generals Le Rond nicht beachten sollte, übernimmt er eine schwere Verantwortung." Dieser Gedankengang findet sich im „Echo de Paris". Er läßt etwas von den Meinungsverschiedenheiten erkennen, die sich auch innerhalb der französischen Regierung trotz aller entgegengesetzten Behauptungen zeigen. Die Vertreter der ruhigen Auffassung, zu denen unzweifelhaft auch Briand gehört, haben mit einem starken Widerstand der Militärpartei zu rechnen, die bei der oberschlesischen Frage in dem Präsidenten Millerand eine kräftige Stütze hat. Noch einmal wird alles versucht, um die Entscheidung zugunsten Polens zu beeinflussen. Aber es ist zu hoffen, daß diese Versuche nicht gelingen werden, da die Engländer und Italiener entschlossen zu sein scheinen, den Wünschen der französischen Militaristen nicht nachzugeben.

London, 3. August.

Wahrscheinlich werden der britische Botschafter in Paris und sein französischer Kollege in London, eingeladen werden, der Sitzung des Obersten Rates beizuwohnen. Die Reise des belgischen Ministers Jaspars nach London, wo er eine Unterredung mit Curzon haben wird, wird mit dem belgischen Wunsche, allen Sitzungen des Obersten Rates beizuwohnen, statt nur solchen, an denen Belgien nur besonders interessiert ist, in Zusammenhang gebracht. Es verlautet weiter, wie bereits gemeldet, daß die Sitzung des Obersten Rates in zwei Teile zerfallen wird. In dem ersten Abschnitt wurde die oberschlesische Frage erledigt, sowie die Frage der Verstärkungen. Der zweite Teil der Beratungen würde etwas später stattfinden, nachdem die Stellungnahme der Deutschen und Polen zur Entscheidung bekannt geworden sei. Diesem zweiten Fall würde Lloyd George nicht beiwohnen. Sämtliche Nachrichten, die London über Oberschlesien erhalten hat, besagen, daß jetzt Ruhe herrscht.

In offiziellen Kreisen ist man der Ansicht, daß das deutsch-französische Abkommen über den Wiederaufbau, dessen Unterzeichnung in zwei Tagen erwartet wird, dem Obersten Rat zur Genehmigung unterbreitet werden wird.

Paris, 3. August. (W. T. B.)

Wie das „Journal" aus London berichtet, teilt „Exchange Telegraph" mit, die englische Kommission, die jetzt die Kreise Pleß und Rybnik bereist, um sich über die Stimmung der Bevölkerung aufzuklären, solle einen Bericht erstatten, den Lloyd George dem Obersten Rat vorzulegen beabsichtige.

Rom, 3. August.

Im Senat erklärte Bononi, Italien nehme an der Konferenz teil, indem es sich auf die Gerechtigkeit und auf die Rechte beider streitenden Parteien stütze. Da die Konferenz bevorstehe, könne er sich über Schlesien nicht weiter äußern.

Englischer Kabinettsrat über Oberschlesien.

(Telegramm.)

London, 2. August. (W. T. B.)

Wie die Blätetr melden, fand heute vormittag eine Kabinettssitzung unter Vorsitz von Lloyd George statt. Lloyd George wird heute abend nach Wales gehen und Freitag oder Sonnabend zurückkehren. Am Sonntag wird er sich zur Konferenz des Obersten Rates nach Paris begeben.

„Daily Chronicle" meldet: Am Sonnabend findet eine Sitzung des Kabinetts statt, um über die Haltung Großbritanniens in den Fragen, die auf der Konferenz des Obersten Rates zur Verhandlung kommen, zu beschließen. Lloyd George und Curzon fahren am Montag vormittag nach Paris ab. Wie der politische Vertreter des „Daily Chronicle" meldet, werden in den wahrscheinlich am Montag beabsichtigten wichtigen Erörterungen der Alliierten und der Finanzvertreter, de im Zusammenhang mit der Konferenz des Obersten Rates stattfinden und die Frage der deutschen Reparationen sowie andere Fragen betreffen, auf britischer Seite Sir Robert Horne und mehrere Vertreter des britischen Schatzamtes teilnehmen.

Ein diplomatischer Mitarbeiter des „Daily Telegraph" schreibt: Zwischen den hauptsächlich beteiligten Mächten findet augenblicklich ein lebhafter Gedankenaustausch über das Programm der bevorstehenden Pariser Konferenz des Obersten Rates statt. England hoffe, daß die Konferenz nicht lange währe, und möchte einen baldigen Abschluß dadurch ermöglichen, daß die Beratungen auf Fragen beschränkt werden, die unbedingt ohne weitere Verzögerung gelöst werden müssen. Unter diesen Fragen befindet sich die **oberschlesische Frage, die Frage der Rhein-Sanktionen, der Kriegsbeschuldigten und auch Fragen bezüglich Bezahlung der deutschen Verpflichtungen.** Was Oberschlesien anbetrifft, so scheine trotz der „elastischen Ansichten" der italienischen Sachverständigen bisher wenig Aussicht zu bestehen, daß der Ausschuß der Techniker (Sachverständigen) zu einer Einigung gelange. Pessimisten seien daher der Ansicht, daß der Oberste Rat nicht in der Lage sein werde, eine Lösung der Grenzfrage zu finden, und sich mit Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung werde begnügen müssen, wozu die Entsendung von alliierten Verstärkungen nach Oberschlesien gehören könne oder auch nicht. „Daily Telegraph" zufolge ist man jedoch in britischen Kreisen entschlossen, daß die oberschlesische Frage endgültig geregelt werden soll. Die gleiche Ansicht herrscht mit Bezug auf die Rhein-Sanktionen. Die Engländer sind der Meinung, daß die neue Garantiekommission, der einige der Alliierten die Frage der Sanktionen überweisen wollen, nicht befugt sein kann, Maßnahmen von großer militärischer und wirtschaftlicher Wichtigkeit, die ursprünglich vom Obersten Rat getroffen wurden, aufzuheben. In einigen Kreisen besteht laut „Telegraph" bereits Neigung zu einem Ausgleich der Sanktionenfrage, indem die Besetzung der Ruhrorte aufrecht erhalten, dagegen die künstliche Zollgrenze aufgehoben werde. Bezüglich der Frage der Kriegsbeschuldigten erscheint es durchaus möglich, daß Frankreich und vielleicht auch Belgien den Wunsch zum Ausdruck bringen werde, die Beschuldigten selbst abzuurteilen.

Die Frage des oberschlesischen Truppentransportes.

Wie wir erfahren, beabsichtigt die Reichsregierung, eine zusammenhängende Darstellung der gesamten oberschlesischen Truppentransportfrage zu veröffentlichen, und zwar soll dies geschehen, sobald durch den erwarteten Kollektivschritt eine klare Stellungnahme der Entente in der Angelegenheit des Truppentransportes vorliegt. Im Zusammenhange damit soll auch der zweite Brief des Außenministers Dr. Rosen an den französischen Botschafter Laurent bekanntgegeben werden. Der gemeinsame Schritt der Botschafter ist bis zur Stunde noch nicht erfolgt. Ebensowenig ist auch eine diesbezügliche Ankündigung im Auswärtigen Amt eingetroffen.

Polen und die Tschechoslowakei.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Prag, 2. August.

Das Organ des polnischen Ministerpräsidenten Witos, der „Kurjer Lwowski", stellt folgende Forderungen für eine polnisch-tschechoslowakische Entente: 1. Offizielle Anerkennung und Garantie der im Friedensvertrag von Riga festgesetzten Ortsgrenzen. 2. Die Auflösung aller sogenannten ukrainischen politischen und Heeresformationen. 3. Das Aufgeben jeder finanziellen Unterstützung der sogenannten ukrainischen Bewegung. 4. Die Ausweisung aller antipolnischen Agitatoren, auch solcher, welche sich gegen die Straf- und Militärrechte in den Jahren 1918 bis 1919 vergangen haben. 5. Wirkliche Unterstützung in der oberschlesischen Frage. 6. Rektifizierung der strittigen tschechisch-polnischen Grenzen. 7. Garantie der Rechte der polnischen Minderheiten. 8. Schaffung einer Donauföderation zwisech nder Tschechoslowakei, Ungarn und Oesterreich. 9. Eine mit dem Bund mit Polen, Rumänien und Jugoslavien verbundene Föderation zur Garantie des Friedens in Mitteleuropa. Die Forderung der Bildung der Donaufoderation solle eines der wichtigsten Ziele der polnischen Diplomatie sein, die in dieser Hinsicht in einer Linie mit der französischen und englischen Politik marschieren werde. Nur unter diesen realen und gerechten Forderungen könne Polen auf Verhandlungen mit den Tschechen eingehen. Die tschechische Presse lehnt diese Forderung als absurd ab.

Der neue Nuntius in Paris.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 3. August.

Der neue Nuntius Ceretti ist gestern abend in Paris eingetroffen und mit allen Ehren empfangen worden. Außer den kirchlichen Würdenträgern waren im Namen der französischen Regierung der französische Botschafter beim Vatikan, Jonnart, und Herr Peretti de la Rocca als Abgesandte des Ministerpräsidenten erschienen. Der Nuntius erklärte auf die Frage der Journalisten, daß Frankreichs Glück der aufrichtige Wunsch des Papstes sei. Er selber sei glücklich darüber, die Beziehungen Frankreichs zum Vatikan fördern zu können, und er werde nie vergessen, daß er diese Aufgabe in einer Republik zu erfüllen habe, auf deren demokratische Grundlage Rücksicht zu nehmen sei. Er werde in Frankreich für den Frieden arbeiten, wobei er jede Einmischung in die innere Politik zu vermeiden gedenke.

Die Bremer Rede des Kanzlers.

Der Appell an das Gewissen Europas.

Von

Erich Dombrowski.

In wenigen Tagen tritt in Paris der Oberste Rat zusammen, um, neben anderen Fragen, auch über Oberschlesien eine Entscheidung zu treffen. Seit dem Abschluß des Friedensvertrages sind nun bereits über zwei Jahre vergangen, und noch immer ist in Oberschlesien, das an sich von dem Kriege überhaupt nicht berührt wurde, Ruhe und Ordnung nicht eingekehrt. Die Polen haben alles mögliche angestellt, um sich mit Gewalt des Landes zu bemächtigen. Dreimal griffen sie, von der Warschauer Regierung unterstützt, zu den Waffen, um durch einen allgemeinen Aufstand eine vollendete Tatsache zu schaffen. Trotz all der offenen und geheimen Unterstützung, die sie bei alledem bei den Franzosen fanden, mißlangen die Ueberrumpelungsversuche. Aber Korfantyn, dieser hellblonde Juvenis mit den wasserblauen Schlitzaugen, läßt nicht nach. Aeußerlich haben die polnischen Insurgenten, unter dem Druck der Alliierten, die Schwerter eingezogen. Hinten herum aber wird weiter gewühlt. Täglich werden neue Schreckenstaten berichtet. Ueberall tauchen Banden auf, um die Bevölkerung kleiner Städte und Dörfer zu ängstigen, und, wenn die Gelegenheit günstig ist, auch zu brandschatzen. Die polnischen Aufrührer haben jetzt, nach dem Fehlschlagen des letzten großen Schlages, einen Guerillakrieg eröffnet, der den jahrzehntelangen Bandenkämpfen auf dem Balkan verzweifelt ähnlich sieht. Auch hier, wie damals auf dem Balkan, dasselbe Bestreben, die Bewohner nicht mehr zur Ruhe kommen, das Feuer nicht unter der Asche ausgehen zu lassen und so den Boden für einen neuen, großen Gewaltakt vorzubereiten. Darum darf man auch nicht glauben, daß das oberschlesische Problem, wenn es nun endgültig in Paris gelöst werden sollte, sofort aus der europäischen Debatte verschwinden wird. Wie die Polen den unzweifelhaften deutschen Abstimmungssieg in allerhand Pressetreibereien umzufälschen, wie sie dann das ihnen ungünstige Ergebnis des Plebiszits durch einen militärisch organisierten Aufruhr, so werden sie auch das Urteil des Obersten Rates irgendwie gewaltsam zu korrigieren versuchen. Aus diesem Grunde wird bei der Uebergabe des Landes an Deutschland alles vermieden werden müssen, was einem Interregnum ähnlich sehen könnte. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, wenn die Franzosen durch einen weiteren Truppentransport nach Oberschlesien die Sicherheit der Bevölkerung auf alle Fälle gewährleisten wollen. Aber da die Franzosen, wie aus zahlreichen, uns vorliegenden photographischen Aufnahmen eindeutig hervorgeht, während der Aufstandszeit häufig nicht einmal den Schein gewahrt, sondern sich offen mit den Insurgenten verbrüdert haben, so wird man unseren Wunsch begreifen können, daß, wenn schon weitere Truppen der Alliierten entsendet werden sollen, gleichstarke Kontingente der Engländer und Italiener für dieselbe Aufgabe eingesetzt werden, um wenigstens einigermaßen die Parität herzustellen.

In letzter Stunde, vor dem Zusammentritt des Obersten Rates, hat der Reichskanzler gestern in einer groß angelegten Rede die weittragende Bedeutung der oberschlesischen Frage noch einmal hervorgehoben. In der alten Hansestadt Bremen, die zahlreiche kommerzielle und traditionell-kolonialsatorische Verbindungen mit dem Osten verknüpfen, hat Dr. Wirth vor einer tausendköpfigen Menge, die in dem prächtigen Börsensaal Kopf an Kopf gedrängt stand, auf die großen politischen Folgen hingewiesen, welche die Entscheidung der Alliierten haben muß. Seine Rede, die wir heute früh in ihrem vollen Wortlaut veröffentlichten, war, populär gehalten, ein eindrucksvolles politisches Glaubensbekenntnis. In seiner süddeutschen Natur ist ein tatenfroher Optimismus, ein demokratischer Idealismus, der einen Hauch Uhlandschen Geistes verspüren läßt, mit einer durchaus nüchternen Einschätzung der realen Tatsachen gepaart. Er geht einen geraden Weg, den Weg des Rechts, der Erfüllung übernommener Verpflichtungen, der sozialen Demokratie. „Mein Ideal, das ich persönlich erkämpfe, und für das ich jederzeit einzutreten bereit bin," sagt er, „ist das der demokratischen, freien deutschen Volksrepublik." Daraus ergibt sich für ihn folgerichtig seine ganze, auf Gradheit und Ehrlichkeit, auf den Ausgleich der Gegensätze gestellte Innen- und Außenpolitik. Er weist die Idee der Gewalt, nach innen sowohl wie nach außen, weit von sich: Keine Putsche! Kalte Umschläge denen, die den Gedanken daran in ihren Hirnen tragen. Keine Machtspielerei aber auch nach außen: „Wir haben diese Macht nicht. Wir wissen aber auch, was gerade die Macht in den letzten Monaten für Unheil geschaffen hat."

Die Erfahrungen, die er mit dieser seiner ausgleichenden Politik gemacht hat, hätten einen anderen, weniger charakterfesten Staatsmann vielleicht irre an seinen Grundsätzen werden lassen: „Mit ewigem Drohen tritt man uns gegenüber. Doch damit macht man keine Wohlfahrt, sondern nur neuen Haß." Trotzdem — erklärte er mit erhobener Stimme — würde er, wenn noch einmal die schwere Entscheidung zu fällen wäre, eine Regierung zu bilden, wieder allein den Weg des Rechts gehen; er würde sich keinen Augenblick besinnen, diese Politik noch einmal zu machen. Mahnend und hoffend müsse der Ruf in die ganze Welt hinausdringen, daß man sie nicht mit Ultimaten, mit Brüskierungen bessern, sondern daß man sie nur retten könne, wenn man sich am Verhandlungstisch zusammen niederlasse und über die Probleme der Weltwirtschaft verhandele.

Aus dieser seelischen Einstellung heraus, die, an den katholischen Historiker Konstantin Frantz erinnernd, das Moralische als den Kern der Welt und der Geschichte ansieht, ergibt sich seine Stellungnahme zum oberschlesischen Problem von selbst. „Jetzt achtet", ruft er indirekt dem Obersten Rat zu, „das Selbstbestimmungsrecht des oberschlesischen Volkes", denn